Linie nicht mit Reincke, sondern mit Laband und denjenigen seiner Anhänger auseinanderzusetzen, die über diese Unterscheidung *ex professo* handeln. Also namentlich auch mit der eingehenden, auch historisch tiefgreifenden Monographie von Lukas, *Über die Gesetzespublikation in Österreich und dem Deutschen Reiche*, 1903, die der Verf. leider übersehen hat. Dies ließe sich im Rahmen einer Besprechung nicht gut durchführen und ich werde daher erst aus anderem Anlasse darauf zurückkommen können. (Einstweilen sei auf die Ausführungen Gierkes in *Grünhuts Zeitschrift* VI, 1879, S. 230 verwiesen.)

Alles in allem genommen ist die Erstlingsarbeit Reinckes eine tüchtige Leistung, die den Wunsch nahelegt, dem Verf. auf gleichem Gebiete noch öfter zu begegnen.

Breslau.

K. Rauch.

Dr. Friedrich Hellmann, Professor an der Universität München, *Das Konkursrecht der Reichsstadt Augsburg. Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte*, herausgegeben von Otto Gierke, 76. Heft, Breslau, M. und H. Marcus, 1905, 174 S. 8°.

Es muß als ein sehr glücklicher Griff erklärt werden, das Konkursrecht eines der wichtigsten mittelalterlichen Verkehrszentren in geschlossener Form zur Darstellung zu bringen, zumal sich die schwebenden Fragen der Geschichte des deutschen Konkursrechtes nur durch Spezialuntersuchungen und durch die Vergleichung ihrer Resultate werden endgültig lösen lassen. Von diesem richtigen Gedanken ging Verfasser bei der Schilderung der Entwicklung des Konkursrechtes der Reichsstadt Augsburg aus; allerdings scheint er den schon geleisteten Arbeiten, welche sich mit der Erkenntnis der Geschichte des deutschen Konkursrechtes auf allgemeinerer Basis beschäftigten, für die Zwecke seiner Spezialuntersuchung m. E. zuwenig Gewicht beigelegt zu haben und seine wertvolle Untersuchung hätte — vorab vom rechtsgeschichtlichen Standpunkte — durch eine intensivere Bezugnahme zu den gedachten allgemeineren Untersuchungen, wie etwa zu Stobbes letzter Arbeit („Zur Geschichte des älteren deutschen Konkursprozesses“), zu den Untersuchungen über die geschichtliche Entwicklung des strafbaren Bankbruchs (G. Schmidt), über die Entwicklung der anteiligen Gläubigerschaft (Oertel) oder zu Kohlers rechtsgeschichtlichen Ausführungen gewiß an Würze belebender, weiterer Ausblicke gewonnen.

Die Arbeit stützt sich auf ein reiches aus dem Augsburger Stadtarchive und den beiden Münchener Bibliotheken geschöpftes, zum größten Teile noch ungedrucktes Material, welches der Verfasser in freier Folge zu Eingang seiner Publikation verzeichnet (S. 2—8). Der vom Verfasser für die Behandlung des Stoffes gewählten, durch das

Ende des 16. Jahrhunderts bestimmten zeitlichen Teilung dürfte im Wesen zuzustimmen sein, da diese Zeit ungefähr den Niedergang der wirtschaftlichen Größe Augsburgs bezeichnet, und da andererseits, zumal im Hinblick auf die Rezeption des römischen Rechtes, die Eigenart der Rechtsentwicklung abgeschlossen erscheint, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß diese zeitliche Scheidung bei der allmählich sich vollziehenden Ausgestaltung der einzelnen Seiten eines Spezialrechtes keine scharf abgegrenzte Etappe der Entwicklung bedeuten kann.

Der Natur der Sache nach führt uns der erste Teil das Wesentliche der Entwicklung des Augsburger Konkursrechtes vor Augen. Die hier freilich in etwas losem Systeme beigebrachten, in das Konkursrecht einschlägigen urkundlichen Belege bilden in ihrer Fülle eine große Bereicherung des Materiales zur Erkenntnis der Geschichte des deutschen Konkursrechtes und bergen vielfach eine interessante Beleuchtung der bezüglichen Fragen in sich. Dies gilt zunächst betreffs des wichtigen Punktes des materiellen Konkursrechtes: des Entstehens des Grundsatzes der anteiligen Gläubigerbefriedigung (S. 29. 42 ff. 64 ff. 109 ff.). Wie aus den Aufzeichnungen des Augsburger Stadtbuches und seinen Zusätzen hervorgeht, bot auch in Augsburg die Insolvenz, selbst bei Dingflucht, zunächst keinerlei Anlaß, für die Gläubigergesamtheit zu sorgen, und das Verfahren war hier wie anderwärts auf den Grundsatz des Vorrechtes des Erstzugreifenden gestellt. Verfasser will zwischen einem Vorrechte des ersten Klägers und des ersten Verbieters unterscheiden, je nachdem die Klage schon vor der Flucht des Schuldners erhoben wurde oder nicht. M. E. läßt sich diese Unterscheidung aus dem als Beleg hierfür herangezogenen Zusätze zu art. CXLIX des Augsburger Stadtbuches (S. 30) nicht ableiten, da in diesem Falle der Zeitpunkt des Verbotes nur wegen sonstiger zeitlicher Kollision der Geltendmachung des Rechtes in Betracht kommt. Vielmehr scheint das ältere Augsburger Recht anfänglich von der Anschauung ausgegangen zu sein, das Vorrecht in aller Regel nach der Klageerhebung zu bestimmen, wofür auch der Umstand spräche, daß die Kötzlersche Sammlung noch in späterer Zeit (1529) auf den Vorrang desjenigen, wellicher Erster furpieter und Clager ist, hinweist (S. 65). Die Anbahnung einer anteilsweisen Gläubigerbefriedigung bedeutet für Augsburg die Ratsverordnung vom Jahre 1439, deren Wortlaut uns Hellmann (S. 43) mitteilt. Den Inhalt dieser Ratsverordnung halte ich aus mehr als einem Grunde für rechtsgeschichtlich sehr wertvoll und ich glaube insbesondere nachstehende rechtsgeschichtlich bedeutsame Folgerungen aus derselben ziehen zu können. Zunächst zeigt sie uns, daß in Augsburg der erste Schritt zur ratenweisen Befriedigung der Gläubiger sich aus den stadtrechtlichen Verhältnissen selbst ergab und eine notwendige Reaktion gegen die „Irrsale und Zweigungen“, die der „Fürgebote“ wegen nur zu häufig entstanden waren, bildete. Es findet sonach die von Stobbe und Kohler auf Grundlage anderweitigen, insbesondere lübischen stadtrechtlichen Materiales aufge-

worfene Frage, ob die Entwicklung der anteiligen Gläubigerbefriedigung eine spontane, sonach deutschrechtliche war oder auf eine Beeinflussung durch das italienische Recht zurückzuführen sei, für Augsburg ihre Beantwortung in ersterem Sinne. Ferner weist die Entwicklung in Augsburg die Besonderheit auf, daß der Übergang zur ratenmäßigen Befriedigung hier ein Zwischenstadium enthält, indem nur jene Gläubiger „miteinander in gleichen Rechten sein und stehen sollen“, deren Furgebot auf den gleichen Tag fällt. Die Vollendung des Prinzips der grundsätzlichen Gleichstellung der Gläubiger wird man mit Hellmann in der öffentlichen Aufforderung der Gläubiger für einen bestimmten Termin erblicken können.

Über die Rechtsnatur der Gläubigergemeinschaft äußert sich Hellmann nicht; daß eine solche vorlag, dafür sprechen die auch für Augsburg bezeugten Majoritätsbeschlüsse mit Bindung der Minderheit (vgl. S. 79) und die Wahl eines Gläubigerausschusses zur Konkursverwaltung, worüber Hellmann ein sehr interessantes Ratsdekret vom 3. Juli 1574 beibringt (S. 75). Bezüglich der Konkurskuratoren steht der Verfasser auf dem entschieden Standpunkte, in denselben lediglich Vertreter der Interessen der Gläubigerschaft zu erblicken (S. 137); m. E. mit Recht, denn hierfür spricht nicht nur die ausdrückliche Weisung, „nach der Gläubiger Nutz und Notdurft“ zu handeln, sondern auch die ganze Entwicklungsgeschichte des Gläubigerausschusses zur Konkursverwaltung.

Hinsichtlich der in der Rangordnung privilegierten Forderungen glaube ich hier die über die bevorrechtete Stellung der Lidlöhn — und Mietzinsforderung zitierten Einträge (S. 102 ff., fol. 221 b des Gerichtsbuches von 1480 ist wiederholt auch S. 48 zum Abdrucke gelangt) hier besonders hervorheben zu sollen, da für diese Vorrechte eine deutschrechtliche Grundlage außer Frage steht. Die ursprüngliche rechtliche Natur dieser Privilegien wird als bevorzugtes Pfändungsrecht zu erklären sein, da für die Bildung des Begriffes eines Konkursprivilegiums vor Anwendung des römischen Rechtes der Boden fehlte. Sehr interessant ist es auch im Augsburger Stadtbuche (art. 149 § 6 S. 101) ein Vorrecht des dem flüchtigen Schuldner nachteilenden Gläubigers, welcher ein Vermögensobjekt aufhält und dadurch die Masse bereichert — hier unter dem ausdrücklichen Gesichtspunkte des Pfandrechtes — wiederzufinden, so daß das Geltungsgebiet dieses Vorrechtes, welches ich entgegen der Anschauung Hellmanns (S. 91 „altes Prinzip der Priorität des ersten Klägers“) auf die deutschrechtliche Anschauung der rechtlichen Berücksichtigung der geleisteten Arbeit zurückführen zu können glaube, neben den bisher festgestellten (Lübeck-Visby, Luzern) einen weiteren Anwendungsfall gewinnt.

Für die Entwicklung des Anfechtungsrechtes bringt Hellmann (S. 90 f.) zunächst den ersten Zusatz des art. CXLIX des Stadtbuches bei. Hier glaube ich auf die Verwandtschaft der einschlägigen Stelle des Schwabenspiegels c. 314 auch in terminologischer Hinsicht durch Bezeichnung des anfechtbaren Geschäftes als fluchtsal verweisen zu

sollen, in welchem Ausdrucke vielleicht eine Beziehung zu der Dingflucht oder zur Absicht, das Exekutionsobjekt beiseite zu schaffen, erblickt werden kann. Bezüglich der weiteren (S. 92. 93) angegebenen Gerichtsbucheinträge muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß sie nicht Fälle einer Anfechtung im Konkurse enthalten, sondern lediglich die Anfechtbarkeit der Entziehung eines Exekutionsobjektes betreffen. Im übrigen hebt Hellmann mit Recht die in diesen Fällen über das römische Recht hinausgehende Ausbildung des Anfechtungsgedankens hervor; allein die vom Verfasser aus diesen Gerichtsbucheinträgen gezogenen Folgerungen bezüglich der Wirkung der Anfechtung, daß der Erwerber die Vollstreckung anstatt des Schuldners dulden mußte, ergibt sich nicht ohne weiteres aus den zitierten Stellen, denn bezüglich des leider nicht vollständig mitgeteilten zweiten Eintrages scheint Hellmann selbst die Restitution des Gegenstandes als Effekt der Anfechtung vorzuschweben und bezüglich des ersten Eintrages ist zwar die Folgerung des Verfassers immerhin möglich, aus dem Wortlaute der Stelle selbst jedoch nicht zu erschließen. Von den über die Aussonderung fremder Gegenstände angeführten Beispielen (S. 86—89) beanspruchen jene das meiste Interesse, aus welchen sich auf die Rechtsnatur des ausgesonderten Gutes schließen läßt, so der Eintrag über die Aussonderung des mit einem Zeichen versehenen Kommissionsgutes (S. 88) und über die Einschränkung des Aussonderungsrechtes der Ehefrauen an Geschenken (S. 89). Zur näheren Beleuchtung des von Hellmann angeführten Artikels CXLIX § 2 (S. 86) des Stadtbuches sei hier auf die verwandten Stellen des Schwabenspiegels und des Brünner Rechtes über die Rückstellung des vom Schuldner gekauften, noch unvergoltene Gutes und auf das Stadtrecht von Visby verwiesen, welches den gleichen Grundsatz, daß unbezahltes Gut nicht zur Masse gehöre, kennt. (Vgl. v. Amira, Nordgerm. Obligationenrecht I 502).

Bezüglich der Rückwirkung des Konkurses auf die Person des Gantschuldners nimmt Hellmann, nach den Ausführungen auf S. 90 und 126 zu schließen, eine Entziehung der Verfügungsbefugnis des Schuldners über die Konkursmasse bei sonstiger Handlungsfähigkeit (Prozeßfähigkeit) an. Die Schuldknechtschaft, Haft und Stadtverweisung des Insolventen untersucht Hellmann nicht ausdrücklich und erwähnt diese Maßnahmen lediglich unter dem Gesichtspunkte der „persönlichen Folgen“ oder der „speziellen Ehrenfolgen“ des Augsburger Rechtes ohne ihre Bedeutung als Exekutionsmittel in Betracht zu ziehen. Hierzu muß jedoch betont werden, daß insbesondere auch in der Stadtverweisung des Augsburger Rechtes im Hinblick auf ihre zeitliche Abgrenzung bis zur Befriedigung der Gläubiger grundsätzlich ein indirektes Zwangsmittel zur Tilgung der Schuld erblickt werden muß. Wahre Ehrenfolgen bedeuten die Strafen der Verwirkung der Zunftrechte und die auch kulturgeschichtlich sehr interessanten aus der Strafordnung von 1571 mitgeteilten Strafen (S. 98).

Als Fälle, welche zur Einleitung eines Konkursverfahrens Anlaß geben, finden wir auch im Augsburger Rechte die Vorflucht des Schuldners (S. 41f.), die Überschuldung des Nachlasses (S. 53) und die Insolvenz ohne Dingflucht (S. 52) wieder. Über die historische Aufeinanderfolge dieser Konkursfälle stellt Hellmann keine Untersuchung an. Zweifellos wird man auch hier, zumal im Hinblick auf den Inhalt des Augsburger Stadtbuches und das Überwiegen der Eintragungen, welche die Dingflucht zur Voraussetzung haben, in der Vorflucht des Schuldners den Ausgangspunkt der Entwicklung erblicken können, zu welchem die Gleichbehandlung des Falles der Insolvenz des anwesenden Schuldners erst als ein Späteres hinzutrat. Über das Verfahren anläßlich der aus späteren Belegstellen auch für Augsburg bezeugten Abtretung der Habe seitens des insolventen Schuldners, über die Voraussetzungen und Wirkungen einer solchen „cessio bonorum“ geben uns die Augsburger Quellen keinen näheren Aufschluß. Hellmann will aus diesem Fehlen weiterer Nachrichten über die cessio bonorum die vollinhaltliche Rezeption dieses Institutes nach den Bestimmungen des römischen Rechtes folgern (S. 98); allein dieser Schluß ist gewiß nicht zwingend, im Gegenteil scheint mir hierdurch die Annahme Stobbes, daß sich das römische Prinzip der cessio bonorum in Süddeutschland nicht voll einleben konnte, eher an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen.

Über die Fragen des formellen Konkursrechtes erhalten wir aus dem Augsburger Quellenmateriale ziemlich reichhaltigen Aufschluß, insbesondere sei hier auf die nach einem Entwurfe Georg Tradels (gest. 1598) erlassene Ordnung des Verfahrens in Ediktsachen, deren summarischen Charakter mit Präklusivität des ersten Termines für die Forderungsanmeldung Verfasser hervorhebt (S. 71ff.) und auf die Stichproben über die Beendigung des Verfahrens durch Vergleich (S. 131ff.), aus welchen sich auf ein ausgebildetes Akkordverfahren schließen läßt, hingewiesen. Allerdings hätte in diesen Fragen wohl eine Heranziehung der verwandten Normen der örtlich und zeitlich nahen Nürnberger Reformationen, vorab jener von 1564, manche interessante Parallele ergeben!

Im zweiten Teile beschränkt sich der Verfasser darauf, in loser Folge Exzerpte und Auszüge aus Dekreten und Ordnungen des 17. und 18. Jahrhunderts insbesondere aus der Fallitenordnung des Jahres 1749 beizubringen, um die Veränderungen zu zeigen, welche einzelne Seiten des Konkursrechtes erfahren haben.

Neben den konkursrechtlichen Einträgen nahm Verfasser auch einige beachtenswerte Belegstellen über freilich nur mittelbar mit dem Konkursrechte zusammenhängende Erscheinungen des Rechtslebens, wie über den Erbverzicht der Ehegattin durch Schlüsselauflegen (S. 57ff.), über die Bedeutung von Brief und Siegel (S. 113ff.) in seine Publikation auf.

Prag.

Otto Peterka.